

E: 15.5.15 JS

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion in der Stadtvertretung Norderstedt

Stadt Norderstedt
Stadtwerkeausschuss

Frau Heideltraud Peihs, Ausschussvorsitzende
Rathausallee 50
22846 Norderstedt

Stadtverwaltung
Norderstedt

15. Mai 2015

--	--	--	--

Die Fraktion der SPD stellt folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtwerkeausschuss möge beschließen:

Die Stadtwerke werden gebeten, unverzüglich Prepaid –Stromzähler einzuführen. In einem ersten Schritt sind autonome nicht vernetzte dezentrale Zähler einzubauen.

In einem weiteren Schritt sind, soweit die rechtlichen Möglichkeiten dann gegeben sind, vernetzte Messsysteme zu beschaffen.

Die Prepaid-Zähler sind allen Kunden, insbesondere aber denen, die von einer Sperrandrohung betroffen sind, offensiv anzubieten.

Begründung:

Viele Stadtwerke und Energieversorger nutzen bereits die Möglichkeit der Prepaid-Zähler. Insbesondere aber im europäischen Ausland ist eine intensive Nutzung vorhanden.

Sie haben sich also im Alltag bereits bewährt.¹

Hintergrund für die Ausstattung mit Prepaid-Stromzählern ist, dass Menschen mit geringem oder nicht regelmäßigem Einkommen(z.B. auch geringe Renten) von Stromsperrungen nicht oder wesentlich weniger betroffen werden.

Allein in Norderstedt gibt es ca. 250 Sperrandrohungen monatlich, von denen bei ca. 50 Kunden die Stromzufuhr auch tatsächlich gesperrt wird.²

Das Einrichten einer Stromsperre und wieder aktivieren der Stromversorgung schlägt jeweils mit ca. 70 € zu Buche. Diese Kosten sind von den Kunden zu tragen. Dadurch geraten diese Menschen weiter in eine Schuldenspirale hinein und in vielen Fällen auch nicht wieder heraus.

¹ Stadtwerkeausschuss 25.02.2015, Stellungnahme der Werkleitung zu einer Anfrage der GRÜNEN aufgrund eines Antrages zur Einführung von Prepaid-Zählern der SPD-Fraktion

² Vergl. Stellungnahme zu 1, Frage 5



Diese Einschätzung wird auch deutlich in einer Umfrage der Stadtwerke bei anderen Stadtwerken bzw. Energieversorgern.³

Auch die Stadtwerke selbst sollten davon profitieren, da viele sinnlose Mahnverfahren erst gar nicht durchgeführt werden müssen.

Außenstände der Stadtwerke werden ebenso verringert.⁴

Verbraucherzentralen und Energieberater befürworten die Einführung von Prepaid-Zählern.⁵

Nach dem Koalitionsvertrag der CDU/CSU/SPD Bundesregierung ist die Ausstattung mit Prepaid-Zählern voran zu bringen.⁶

Darüber hinaus wird durch die Prepaid Zähler der Stromverbrauch transparenter und es eröffnen sich auch Einsparmöglichkeiten, die diese Menschen zu einem sinnvolleren und für sie auch sparsameren Umgang mit Energie nutzen können.⁷

Sicherlich sind diese Zähler teurer in der Anschaffung, aber diese sinnvollen Mehrkosten sollten im Zeichen eines mitmenschlichen Umganges ausgegeben werden, da der Abwärtssog in eine Schuldenspirale, an deren Ende der Bezug von „Sozialhilfe bzw. der Offenbarungseid“ stehen können, unterbrochen wird. Bei Außenständen von jährlich 200 bis 300 000 € kann sicherlich ein nicht geringer Betrag auf diesem Wege wieder eingenommen werden. Dadurch können die Mehrkosten sicherlich in absehbarer Zeit wieder gedeckt werden.

Nicolai Steinhilber-Kühl
SPD-Fraktionsvorsitzender

Norderstedt, 12. Mai 2015

³ Vergl. Stellungnahme zu 1

⁴ Vergl. Stellungnahme zu 1, Frage 3

⁵ Aktionswoche Schuldnerberatung, 2014, Forderungspapier S. 1, Verbraucherzentralen Bundesverband, Versorgungssperren vermeiden, 2011, S. 8, Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, Energiearmut wachsendes Problem, 2012, S. 2

⁶ Deutschlands Zukunft gestalten Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode, Schutz der Verbraucher im Energiesektor, . 126

⁷ Vergl. Stellungnahme zu 1, Frage 3